

DIESE GRÜNEN!

Die geplante Haftanstalt ist richtig –

■ aber nicht im Naturparadies

Der beste Schutz vor Kriminalität ist, keine Straftäter zu haben. Die Methode, die jugendlichen Straftäter für eine Zeit wegzusperren, hat sich als wenig erfolgreich erwiesen. Das hat nicht zuletzt mit den katastrophalen Haftbedingungen in den NRW-Jugendgefängnissen zu tun.

Spätestens nach dem grausamen Foltermord in Siegburg hat das viele aufgeschreckt. Überbelegte Zellen, dicht an dicht verwahrte junge Straftäter in Massenverwahrungen lassen sich aber nur durch neue, moderne Jugendstrafvollzugsgebäude mit vernünftigen Standards erreichen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt deshalb grundsätzlich die Entscheidung, eine neue Jugendvollzugsanstalt in Wuppertal zu bauen. Wir sprechen uns jedoch für eine deutlich kleinere Haftanstalt mit 200 statt 500 Plätzen aus, um eine erfolgreiche Resozialisierung zu ermöglichen. Dass dieser Neubau ausgerechnet auf dem Gebiet des Landschaftsplans Ost im Landschaftsschutz- und Naherholungsgebiet entstehen soll, halten wir jedoch für sehr problematisch. Dies gilt auch für die Verlagerung der Bereitschaftspolizei und ggf. der Justizvollzugsschule NRW dorthin. Es kann nicht sein, dass ein solches



Foto: Frank Baldus

Bauvorhaben offensichtlich unreflektiert die Zerstörung eines Naherholungs- und Landschaftsschutzgebietes mit wertvollen Biotopen, Vegetations- und Tierarten bedeutet. So ist es aber allem Anschein nach auf dem Gebiet des Scharpenacken geplant. Immer mehr naturbelassene Flächen müssen der Planiermaße weichen. Der drastische Flächenverbrauch in Nordrhein-Westfalen für Siedlungen,

Industrie und Landwirtschaft trägt zum Rückgang der Artenvielfalt und der natürlichen Ressourcen bei. Nach EU-Recht sind vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten streng geschützt. Wir plädieren deshalb dafür, nach alternativen Flächen zu suchen, wo man die neue JVA ohne einen solch immensen Eingriff in die Natur bauen kann. Ist diese Fläche erst einmal verbaut, ist sie unwiederbringlich zerstört.

Das hat soziale, ökologische, aber auch wirtschaftliche Auswirkungen von langer Dauer. Auch wenn die geplante Jugendhaftanstalt unbestritten notwendig ist, dürfen Wirtschaft und Umwelt nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es gibt sicherlich Alternativen, und wir sollten diese auch nutzen.

Das zahlt sich ökologisch und ökonomisch aus. Deshalb sind alle verantwortungsvollen Kommunalpolitikerinnen und -politiker aufgerufen, vor einer Entscheidung sorgfältig abzuwägen. Beispielsweise müssen Jugendhaftanstalt, Justizvollzugsschule und Bereitschaftspolizei nicht alle beieinander angesiedelt werden. Dezentrale Einzelstandorte sind ebenso denkbar und müssen in die Planungen einbezogen werden.

Wir erwarten ein transparentes Planungsverfahren mit einer umfassenden und ehrlichen Umweltprüfung, die die Folgen des Eingriffs detailliert darstellt und die Möglichkeit offen lässt, das Vorhaben aus ökologischen Gründen an diesem Standort aufzugeben.

Deshalb wird die Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN bereits zur Ratssitzung am 11. Juni einen Antrag einbringen, mit dessen Hilfe die Verwaltung aufgefordert werden soll, eine Prüfung alternativer Standorte vorzunehmen.



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie auch schon einen Sonnenbrand? Oder haben Sie die Winterreifen noch drauf? Diese überraschend frühen Extrem-Wetterhochs haben uns kalt erwischt. Der April war der vielleicht heißeste seit dem Jahr 1800. Niederschläge waren Mangelware, die Landwirte klagen über die Trockenheit und befürchten Ernteeinbußen. Es wird dringender denn je, konkret gegenzusteuern, um dem Klimawandel Einhalt zu bieten.

In dieser Ausgabe zeigen SchülerInnen der Realschule Neue Friedrichstraße, was wir selbst im Alltag zum Klimaschutz beitragen können.

Wir berichten über die GRÜNE Stellungnahme zum Bau der Jugendhaftanstalt und natürlich über andere aktuelle GRÜNE Initiativen, Aktionen, Positionen und Anträge an die städtischen Gremien.

Lesen Sie los!

Ihr Redaktionsteam

Tor zum Gelpetal soll bleiben

■ Bürgerinnen und Bürger kämpfen für ihre Wiese an der Jägerhofstraße

Viele Menschen sind empört. Da, wo jetzt noch eine Wiese an der oberen Jägerhofstraße ist, plant die Stadt eine Wohnbebauung. Entsprechend groß war der Andrang zu einer Informationsveranstaltung der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Elberfelder GRÜNEN am 21. April.

Rund 80 Bürgerinnen und Bürger wollten es genauer wissen. Denn die vielen Ein- oder Mehrfamilienhäuser, die entstehen sollen, wären das Aus für die beliebte Wiese am Rand des Naturschutzgebiets Gelpe.

Bereits 2001 lehnten die zuständigen Politikerinnen und Politiker des Stadtteils in der Bezirksvertretung Elberfeld eine Wohnbebauung an dieser Stelle ab. Nach dem Willen der Verantwortlichen im Rathaus Barmen sollen jetzt aber doch die Bagger rollen. Ihrem Ärger darüber machten viele Bürgerinnen und Bürger bei dem Infotermin Luft. Sie wollen die Bebauung verhindern. Dies wird jedoch nur mit einer politischen Mehrheit gelingen. Deshalb wollen die empörten Anwohner nun alle Ratsfraktionen auffordern,



den hohen ökologischen, aber auch den Wohlfühl-Wert der Wiese anzuerkennen und auf die Wohnbebauung zu verzichten.

Die Bäume am Straßenrand haben eine wichtige Filterfunktion, und viele Tier- und Pflanzenarten sind hier zu Hause. Aber nicht nur für das Hahnerberger Kleinklima hat die Wiese

eine große Bedeutung. Die Frischluft, die hier entsteht, strömt bis ins Tal nach Elberfeld. Ein Kahlschlag hier ist nichts Anderes als verfehlte Stadtplanung. Bei einer Erschließung der Wiese gäbe es große Probleme mit der Entwässerung, denn sie liegt einige Meter tiefer als der Kanal in der Jägerhofstraße. Zum Schutz vor dem

Lärm der L 418 müsste auch eine Lärmschutzwand gebaut werden, die den Blick ins Gelpetal noch weiter einschränken würde.

Eine Initiative zum Schutz der Wiese hat sich noch vor Ort gegründet. Wer sich engagieren will, erhält nähere Informationen unter 563 6204 oder fraktion@gruene-wuppertal.de

AUS DEM INHALT

Seite 2
Gastkommentar:
Rechtsradikalismus
in Wuppertal

Seite 3
Aus der Bezirksvertretung
Uellendahl-Katernberg

Seite 3
Interview über das
Medienprojekt

Seite 5
Klimaschutz selber machen

Gastkommentar: Schatten der Vergangenheit

■ Rechtsextremismus in Wuppertaler Jugendkulturen

Glaubt man bundesweiten Umfragen, weisen ca. 45 % der deutschen und Migrantenjugendlichen in der Bundesrepublik Rechtsorientierungen in ihrem Denken auf.

Dabei ist kein prägnanter Unterschied zwischen Jugendlichen in West- und Ostdeutschland zu erkennen. Erkennbar ist zudem, dass Parolen rechtsextremer Parteien und Organisationen immer mehr Zuspund einer breiteren Masse der Bevölkerung finden, erkennbar am verstärkten Einzug dieser Parteien in Landes- und Kommunalparlamente. Gründe für die wachsende Akzeptanz dieser Parteien sind nicht nur zunehmende soziale Konflikte, sondern auch neue Strategien der rechtsextremen Parteien mit dem Ziel, sich „salonfähiger“ zu präsentieren. Sie bedienen sich dabei des Vokabulars etablierter, eher linksorientierter Politik. Zwei Beispiele: „Arbeit für Alle“ (gemeint sind hier natürlich nur alle Deutschen) oder: „Wir unterstützen den palästinensischen Befreiungskampf“ (meint: „Wir unterstützen die Bekämpfung Israels“). Zudem hat sich die Taktik dieser Parteien dahin gehend gewandelt, dass sie sich nach außen viel weniger auffällig präsentieren. Sie verzichten auf



bisher eindeutig zuzuordnende Kleidung und Frisuren. Auch versuchen rechtsextreme Parteien, gezielt in Universitäten und höheren Schulen zu werben, um das eigene „Schmutdel-Image“ loszuwerden bzw. sich mehr und mehr „in der Mitte der

Gesellschaft“ zu etablieren. Ebenso lässt sich eine Internationalisierung der rechtsextremen Szene feststellen. Rechtsextreme Gruppierungen und Parteien im In- und Ausland arbeiten verstärkt zusammen und verbreiten besonders per Internet ihr Gedan-

kengut. Zudem ist erkennbar, dass verstärkt auch Jugendliche mit Migrationshintergrund angeworben und aktiviert werden. So sind seit längerem Kontakte und Zusammenarbeit auch mit nationalistischen und radikalen muslimischen Gruppierungen bekannt wie zum Beispiel den türkischen „Grauen Wölfen“.

Die rechtsextreme Jugendszene in Wuppertal ist ähnlich ausgeprägt wie in vergleichbaren Städten und Regionen. In verschiedenen Stadtteilen sind rechtsorientierte Jugendliche immer wieder öffentlich präsent und es finden informelle Treffen verschiedener Cliquen statt, teilweise verbunden mit Konflikten und Auseinandersetzungen mit Nachbarn, Passanten, „anders Denkenden“ und Jugendcliquen. Besonders auffällig waren und sind Gruppen in Vohwinkel, Oberbarmen, Ronsdorf sowie in den Bereichen Schwarzbach, Adlerbrücke, am Döppersberg und auf der Hardt. Zudem sind im Umfeld der WSV-Fans verschiedene Gruppierungen auszumachen. Vordergründig bestehen zwar kaum Kontakte zwischen den verschiedenen Gruppen, jedoch ermöglichen informelle Kontakte, schnell und kurzfristig Absprachen und gemeinsame Aktionen zu koordinieren.

Deutlich erkennbar ist in Wuppertal die Strategie der rechtsextremen Organisationen, Schüler und Schülerinnen weiterführender Schulen und Jugendliche mit Migrationshintergrund zu rekrutieren. Entsprechende Anfragen von besorgten Eltern und Schulen an die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz häufen sich. Ein fünfzehnjähriger Wuppertaler Gymnasialschüler hat sogar als Delegationsmitglied an der „Holocaust-Konferenz“ in Teheran teilgenommen, die weltweit Leugner des Holocaust eingeladen hatte.

Die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. ist seit 2001 aktiv in der Projektarbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt und setzt jährlich ca. 70 Einzelprojekte, etwa an Schulen und in Jugendeinrichtungen, um.

Für 2007 wurden Mittel beantragt, um ein kommunales Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus und Gewalt in Wuppertal zu entwickeln und umzusetzen. Schwerpunkte werden die Projekte an Schulen und Fortbildungen für Lehrer und Lehrerinnen sein. Ebenso sind konkrete Angebote an gefährdete Jugendliche geplant.

Sebastian Goecke, Initiative für Demokratie und Toleranz

Städte dürfen nicht mehr wirtschaften

■ Vom Land gemacht: Wird Nahverkehr teurer und schlechter?

Das Angebot von Bussen und Schwebbahn wird teurer und schlechter. Und zwar nicht, weil die Wuppertaler Stadtwerke beschlossen hätten, den BürgerInnen einfach mal mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Nein, Schuld ist ein kleiner Paragraph in einem Landesgesetz. Und alle bekommen es zu spüren. Worum es geht, ist die bisherige Praxis der Städte, sich als Wirtschaftsunternehmen zu engagieren. Das tun sie, um die Gewinne, die sie dabei machen, in öffentliche Aufgaben zu

stecken, die nicht genug Geld abwerfen. Der öffentliche Nahverkehr z. B. ist so eine klassische Aufgabe der Stadtwerke als kommunales Unternehmen, die sie für die Bürgerinnen und Bürger leisten. Weil aber durch Tickets nicht genug Geld in die Kasse kommt, um all die Busfahrerinnen und Busfahrer, den Kraftstoff, die technische Wartung usw. zu bezahlen, bleibt ein Minus. Das gleicht die Stadt durch ihre Erträge etwa bei der Versorgung (Strom, Wasser, Gas) wieder aus. Genau diesen Ausgleich

will die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf den Kommunen nun aber verbieten. Sie sollen sich nicht mehr so einfach in Bereichen, die nicht unbedingt notwendig sind, wirtschaftlich betätigen dürfen – nur dann, wenn ein privates Unternehmen die Aufgabe nicht besser lösen kann. Mit anderen Worten: Die Privatwirtschaft hat Vorfahrt, die Stadtwerke bleiben mit ihrem Minus stehen. Was das zur Folge hat, ist leicht zu erraten: Preiserhöhungen für Fahr-scheine und ein schlechteres Ange-

bot. Der kleine Paragraph 107, der nun geändert wird, steht in der Gemeindeordnung des Landes. Wie die Stadtwerke in Zukunft den Öffentlichen Personennahverkehr finanzieren sollen, darauf geben CDU und FDP im Landtag keine Antworten. Dabei stehen alle NRW-Städte außer Bonn, Düsseldorf und Münster wegen fehlender Steuereinnahmen unter vorläufiger Haushaltsführung, auch Wuppertal. Das Loch in der Kasse bei Bussen und Schwebbahn kann nur die Stadt selbst füllen – weil die aber

selbst kein Geld hat, muss sie dafür ihre freiwilligen Leistungen wie die Mittagsverpflegung für die Bedürftigen streichen. Armes Wuppertal, wenn diese ernüchternde Wirklichkeit einträte. Denn das hieße im Klartext für den Nahverkehr: Linien streichen, Linien ausdünnen und Angebote abschaffen, z. B. die Nachtexpressen - und das alles zu erheblich höheren Preisen für die Tickets! Die GRÜNEN werren mit allen Kräften gegen diese wirklichkeitsfremde Landespolitik von CDU und FDP kämpfen.

Beitrag zum Klimaschutz

■ Autos als Klimakiller, eine „Wettfahrt“ gegen die Zeit

Wie wir alle wissen, macht fast jeder kurze Wege mit dem Auto, wie z.B. um die geliebten Sonntagsbrötchen zu kaufen. Viele fahren mit dem Auto unzählige Kilometer zur Arbeit. Sinnvoller sind da Fahrgemeinschaften, oder man benutzt direkt die öffentlichen Verkehrsmittel wie Bus und Bahn. So verringert man die hohe Verkehrsdichte, die CO₂- und Feinstaubabgaben und die Zahl der Verkehrsunfälle. Einige Städte in Deutschland planen, im Herbst oder Anfang 2008 Umweltzonen einzurichten. Bereits seit dem 1.3.2007 wurden bundesweit Feinstaubplaketten eingeführt. Nur schadstoffarme Fahrzeuge dürfen zukünftig in die Umweltzonen hineinfahren. Es wird sogar überlegt, dass das komplette Ruhrgebiet zur Umweltzone erklärt wird, das könnten sich dann auch Großstädte wie Köln und Düsseldorf zum Vorbild nehmen. Begeistert von der neuen Technik vergessen wir oft,

was diese alles anrichtet. Im Zusammenhang damit müssen wir unser Umweltbewusstsein ändern, positiv entwickeln. So sind die Autohersteller gefragt, ihre Autos umweltfreundlicher zu entwickeln. Es ist dringend notwendig, dass alle Automobilkonzerne dementsprechende Richtlinien erfüllen. Es kann nicht dabei bleiben, die Autos nur mit einem Feinstaubfilter auszustatten, sondern es müssen auch Motoren entwickelt werden, die der Zukunft gerecht werden. Auch wir als Verbraucher können schon viel bewegen, indem wir das Auto seltener benutzen, denn es hat sich in der Vergangenheit als richtiger „Klimakiller“ erwiesen. Aber manches bewegt sich doch. So gibt es in Deutschland schon 71 Tankstellen, die den von Bioethanol betriebenen Autos den Sprit liefern. Dieses Bioethanol ist deutlich umweltfreundlicher als Benzin oder Diesel. Wir fragen uns, warum die deutsche Automobil-

industrie, die über ein Jahrhundert Erfahrung hat, es nicht schafft, ihre Autos so auszurüsten, dass sie für die Umwelt schonender sind. Die japanischen Autohersteller wie Toyota und Honda sind mit der Hybrid-Technik Vorreiter. Allen voran der Prius gilt als besonders umweltfreundliches Auto. Mit der Kombination von Elektro- und Benzinmotor verbraucht er mit etwa 4 bis 5 Litern momentan am wenigsten und hat damit schon zahlreiche Preise gewonnen. Toyota engagiert sich auch in weiteren Umweltkampagnen wie der Initiative „Pro saubere Luft“, die im April 2006 gestartet wurde. Auch die französischen Autohersteller, die in Punkto Sicherheit erstklassig sind, investieren schon in neue umweltfreundliche Technologien. Aber die deutsche Automobilindustrie scheint diesbezüglich immer noch nicht konkurrenzfähig zu sein. Einen kleinen Lichtblick bietet jetzt VW: Der Bau eines 1-Liter-Autos ist

nach Meinung des VW-Aufsichtsratsvorsitzenden Ferdinand Piech machbar. Möglich gemacht wurde dies durch einen Karosserieleichtbauhersteller, der die notwendigen Materialien für 5.000 Euro anstatt den bisherigen 35.000 Euro in zwei Jahren produzieren will. Doch es hilft nicht viel, wenn es nur wenige sind, die an unsere Zukunft denken, sondern es müssen alle an einem Strang ziehen. Ob Konsument, Politiker oder Hersteller, alle sind aufgefordert etwas zu tun, damit die Möglichkeit auf der Erde zu leben bewahrt bleibt. Wir müssen unser Umweltbewusstsein schnell ändern, denn es ist eine Wettfahrt gegen die Zeit, die wir für uns entscheiden müssen.

Der Beitrag wurde verfasst von Andre Riediger, Philip Schmidt und Martin Kirchberger, Schüler der Klasse 10, sozialwissenschaftlicher Kurs an der Realschule Neue Friedrichstraße

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Bettina Brücher, Irene Heiser, Anja Liebert,
Gabriele Mahnert, Paul Yves Ramette,
Ilona Schäfer, Marcel Simon, Susanne Sperling

Gastkommentar:
Sebastian Goecke, Initiative für Demokratie und Toleranz

Beitrag zum Klimaschutz:
Von der 10. Klasse der Realschule
Neue Friedrichstraße: Martin Kirchberger,
Andre Riediger und Philip Schmidt

Alle Fotos, soweit nicht anders gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

Auflage: 55.390
Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str. 109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND, Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema, Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf 29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nachbarschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum, Sophienstraße: **Die Abgabe ist kostenlos!**

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ der BV Uellendahl-Katernberg – Irene Heiser

Wuppertal ist wunderschön – nicht zuletzt wegen seiner Altbauten, gerade in Uellendahl und Katernberg. Wer etwa einmal durchs Briller Viertel zur Kaiserhöhe hinauf flaniert ist, weiß das. Aber dieses Flair ist längst nicht selbstverständlich. Heute werden schnell einmal regelrechte Betonklötze in die Landschaft gesetzt. Deshalb liegt mir die Bauplanung sehr am Herzen.

Was so bürokratisch-langweilig klingt, bedeutet im Klartext zum Beispiel, darauf zu achten, dass die Neubebauungen nicht zu massiv werden. In einem Stadtteil, wo mehr und mehr versucht wird, auf der grünen Wiese schicke Einfamilienhäuser zu bauen, ist das sonst schnell passiert. Damit sind wir bei meiner Aufgabe in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg. Hier engagiere ich mich als GRÜNE Wuppertalerin dafür, dass



Foto: privat

sich Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit von Bauvorhaben nicht ausschließen. Diese beiden Faktoren gegeneinander abzuwägen, fällt mir als Betriebswirtin nicht schwer – aus meiner Berufspraxis weiß ich, wie wichtig Wirtschaftlichkeit ist.

Mir liegt aber nicht nur die Bauplanung am Herzen, sondern auch der Umweltschutz. Denn neben schönen Altbauten bestechen die nordwestlichen Stadtteile auch durch ihre Grünflächen. Damit es bei uns schön bleibt, damit man weiter Natur atmen und Umwelt erleben kann, muss sich auch jemand direkt vor Ort darum kümmern. Denn es sind längst nicht immer graue Richtlinien aus der EU, die bestimmen, was im Umweltschutz zu tun ist. Mitglied der GRÜNEN bin ich schon lange. Als ich mich 2004 entschloss, nicht nur privat GRÜN zu handeln, sondern mein Engage-

ment öffentlich zu machen, wurde ich prompt in die BV Uellendahl-Katernberg gewählt.

Als Mutter eines 18-jährigen mehrfach behinderten Sohnes und einer 20-jährigen autistischen Tochter ist mir hier über den Stadtteil hinaus eine zukunftsfähige Behindertenpolitik besonders wichtig. Eine zuverlässige und qualifizierte Betreuung, gerade von schwerstbehinderten Kindern, ist im Bergischen Städtedreieck sicherlich noch ausbaufähig.

Natürlich brauche ich neben Haushalt, Kindererziehung und Politik auch mal einen Ausgleich. Kreativität erwartet man von einer 57-jährigen Betriebswirtin zwar viel zu selten, aber neben meiner Tätigkeit als freie Autorin finde ich vor allem beim Malen Ruhe und Kraft – Kraft, um authentische, engagierte und bürgernahe Politik zu machen.

Aus der Bezirksvertretung

■ Uellendahl-Katernberg

Die Wuppertaler Seele hat eine GRÜNE Seite. Jedenfalls war das Ergebnis der Kommunalwahl 2004 so gut, dass wir seitdem auch mit zwei Personen in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vertreten sind. Mit unserer Kombination aus frischem Blut und Erfahrung setzen wir uns in den nordwestlichen Stadtteilen für nachhaltige Politik, pragmatische Lösungen und ein lebenswertes Wuppertal ein. Im drittgrößten Stadtbezirk hat sich einiges bewegt. In der Planung ist z.B. eine weitere massive Bebauung im Ortsteil Dönberg. 35 Wohneinheiten sollen am Neuenbaumer Weg entstehen. Definitiv zu viel, aber ein vernünftiges Abwägen schien einer blinden Betonwut weichen zu müssen. Nicht einmal unser Kompromissvorschlag, die Bebauung auf zumindest 30 Wohneinheiten zu beschränken, fand eine Mehrheit in der BV, die von der CDU dominiert wird. Aber es gibt auch Erfolge. Die GRÜNEN nehmen die häufigen Unfälle an der Kreuzung Uellendahler Straße/Weinberg nicht länger hin

und haben für die kommende Sitzung einen Bericht des Verkehrsressorts zur Verkehrsführung dort angefordert. Alternative Lösungen für die Verkehrsregelung an der Kreuzung sollen den Straßenverkehr dort sicherer machen. Wir unterstützen ausdrücklich ehrenamtliches Engagement. Wie lebendig dieses Engagement in Uellendahl-Katernberg ist, wird durch zahlreiche Anträge von Initiativen, Schulen und sozialen Einrichtungen deutlich. Hier herrscht in der BV breite Zustimmung. In der Regel werden die Anträge von allen BezirksvertreterInnen einstimmig verabschiedet. Ein besonderes Ergebnis steht aus: Die BV freut sich auf den Schulhof der Sankt-Michael-Schule an der Leipziger Straße, der noch in den letzten Zügen einer aufwändigen Umgestaltung steckt – alles ehrenamtlich. Auch auf dem Beach-Volleyballfeld im Freibad Eckbusch kann bald das erste Match stattfinden. Die Bezirksvertretung hat dieses Projekt finanziell unterstützt, sodass das Rahmenangebot im Freibad erweitert werden könnte.

Licht und Schatten: Städtische Frauenförderung

„Frauenförderung in Wuppertal, das ist Licht und Schatten“, sagt Gerta Siller, als sie den Frauenförderplan der Stadtverwaltung für die Jahre 2007 bis 2010 las. Dort stellt die Verwaltung ihre Pläne vor. Der andere Bericht dokumentiert die Frauenförderung der Jahre 2000 bis 2004. Gerta Siller, Fraktionssprecherin der GRÜNEN und Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses, zieht Bilanz. In den letzten Jahren wurde einiges erreicht. Der Frauenanteil in der Verwaltung ist gestiegen, wenn auch nicht überall gleich. Es wird sicherlich niemanden erstaunen, dass insbesondere der Anteil der Frauen in Führungspositionen immer noch viel zu niedrig ist. Zumindest für Frauen, wenn nicht überhaupt für eine moderne Stadt, ist das unbefriedigend. Immerhin ist jetzt jede vierte Führungsfigur in der Wuppertaler Verwaltung eine Frau – vorher war es nur jede fünfte.“ D. h. aber auch, dass drei Viertel der Führungspositionen für Frauen nach wie vor unerreichbar sind. Ein kleiner Lichtblick ist, dass sich die gläserne Gehalts-Decke nach oben verschoben hat. Frauen haben zwar immer

noch zu Positionen, die besser als BAT III bezahlt werden, kaum Zugang. Vor 2000 wurden ihnen aber selbst die schlechter dotierten Stellen (über BAT IV) verwehrt. Die Grundsätze zur Chancengleichheit gelten auch für die städtischen Eigenbetriebe. Obwohl im Landesgleichstellungsgesetz vorgeschrieben, legen diese städtischen Betriebe aber noch immer keine Frauenförderpläne vor. Im Grunde ist ihr Nicht-Handeln also rechtswidrig. Das haben die GRÜNEN kritisiert, denn eine detaillierte Übersicht der Daten würde zumindest einen besseren Überblick über die Entwicklung der einzelnen Unternehmen ermöglichen. Immerhin wird Besserung gelobt: In Zukunft sollen die Daten der Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften bei der Entwicklung von Zielen und Maßnahmen vorgelegt werden. Wir sind schon sehr gespannt. Für die GRÜNEN ist es unverständlich, dass die Kosten für Weiterbildung nicht nach dem Geschlecht aufgeschlüsselt werden können. Darauf ruhte sich die Verwaltung im Ausschuss für die Gleichstellung für Frau und Mann aus. Rein rechnerisch sollte

diese Aufschlüsselung einfach sein. Die Verwaltung braucht nur die Kurse hinsichtlich der angemeldeten TeilnehmerInnen durchzugehen und zwei Spalten zu bilden – eine für Frauen und eine für Männer. Leider wurde in Führungskräfte-seminaren weder Frauenförderung noch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie sexualisierte Belästigung am Arbeitsplatz thematisiert, obwohl dies in den Grundsätzen zur Frauenförderung festgelegt wurde. Da ist nach Ansicht der GRÜNEN unbedingt Nachbesserung nötig.

Weiterer Kritikpunkt: Die Frauenquote in Wuppertaler Gremien liegt unter 50 Prozent, obwohl das Landesgleichstellungsgesetz das klar vorschreibt. Nach einem herzlichen Dank an diejenigen, die den Frauenförderplan verfasst haben, appellierte Siller noch an die KollegInnen im Rat: „Lassen Sie uns den Frauenförderplan ernst nehmen. Wenn wir im bisherigen Tempo weiter machen, haben wir eine Gleichstellung erst 2037 erreicht. Dann wäre ich 80 Jahre alt. Ich würde mich freuen, wenn wir dieses Ziel etwas eher erreichen könnten.“

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ der BV Uellendahl-Katernberg – Marcel Simon

Ob ich mit 29 Jahren nichts anderes zu tun habe, als Politik zu machen? Doch. In meinem Beruf als Sozialpädagoge kümmere ich mich um die Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Jugendleitern sowie die Beratung von jungen bzw. werdenden Vätern. Soziales Engagement ist mir wichtig. Deshalb habe ich mich auch entschieden, mich bei den GRÜNEN zu engagieren. Denn wenn man langfristig etwas verändern möchte, muss man eben auch mal etwas länger am Ball bleiben. Konkret geht es mir um den Bezirk Uellendahl-Katernberg. Dort beackere ich für die Wuppertaler GRÜNEN besonders die konkrete Sozialpolitik vor Ort, setze mich für die Mitspracherechte von Jugendlichen und die Jugendhilfe ein und engagiere mich in der Verkehrspolitik.



Ich bin der Meinung, dass es besonders wichtig ist, mit den Menschen im Gespräch zu bleiben.

Die Sorgen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger nehme ich ernst – genauso wie den regelmäßigen Kontakt zu sozialen Einrichtungen. Schließlich sind es oft die Jungentreffs, Kirchengemeinden oder auch der Bürgerverein, in denen sich die Expertinnen und Experten des Stadtteils tummeln.

Natürlich braucht man für die Arbeit in den städtischen Gremien und in der Bezirksvertretung einen langen Atem, muss viele Verwaltungsdokumente lesen und langwierige Entscheidungsprozesse in Kauf nehmen. Aber das hat seinen Sinn. Denn auch im Kleinen ist Herzblut unverzichtbar. So habe ich mich vor kurzem etwa für

die Änderung der Verkehrsführung an der unfallträchtigen Kreuzung Uellendahler Straße/ Weinberg eingesetzt. Den langen Atem habe ich übrigens gelernt. Schon bevor ich 2002 Parteimitglied der GRÜNEN geworden bin, habe ich mich viele Jahre ehrenamtlich engagiert.

Nach der katholischen Jugendarbeit konnte ich im Vorstand des Jugendring Wuppertal e.V. erste Schritte auf dem politischen Parkett machen.

Ein sozialer, geselliger Mensch bin ich auch außerhalb von Politik und Job. Ein netter Abend mit Freundinnen und Freunden oder gerne auch einmal die eine oder andere Party gehören für mich ebenso zu den Genüssen des Lebens wie faszinierende Bücher, gutes Essen und ein schönes Glas Rotwein.

Medienprojekt Wuppertal

■ Im normalen Leben das Besondere – Kraft aus der Provokation

Ein Interview mit Andreas von Hören, dem Leiter des Projektes

„Kultstatus sagt man dem Medienprojekt Wuppertal jetzt schon nach. Provokation ist Programm, Zensur unbekannt, und Preise sammeln die Macher wie Souvenirs. Die Jugendlichen treffen mit ihrer Themenauswahl den Nerv des Publikums und der Juroren. Mit ihrer bewusst subjektiven Sichtweise rufen sie Kontroversen hervor, die gewünscht sind.“
Filmbrief 02/2005

DIESE GRÜNEN: Was ist das Erfolgsgeheimnis des Medienprojektes?

von Hören: Wir haben den Anspruch, jeden so darzustellen, wie er dargestellt werden möchte. Er ist kein Objekt, sondern Subjekt des Films. Unser Konzept war immer die freie Meinungsäußerung. Geht nach Neugierde! Wir suchen im normalen Leben das Besondere. Wir können uns auch länger Zeit nehmen als ein Fernsehteam, und dadurch kommt die Intensität. Man glaubt dem, der etwas aus seinem Leben erzählt.

Die Jugendlichen sind phänomenal persönlich vor der Kamera - auch in dem Wissen, dass das Projekt bundesweit oder europaweit gezeigt wird. Gibt es dafür eine Erklärung?

Der Film motiviert zur Selbstpräsentation, die eigenen Grenzen zu überschreiten.

Es sind die Themen, die die Jugendlichen interessieren: Tod, Sex, Liebe, Krieg, Sterben. Wer kommt auf Ideen und wie werden die aufgegriffen?

Wir nehmen ein Jugendthema an, von dem wir glauben, dass es wichtig sein könnte und fragen die Jugendlichen, ob sie nicht Lust haben, dazu einen Film zu machen. Hier kann



aber auch jeder Jugendliche oder jede Schule selbst kommen und ein Thema vorschlagen.

Obwohl es nicht um das technische Know-How geht, wirken die Filme am Ende nicht unprofessionell.

Wir unterstützen die Jugendlichen von Null bis Hundert. Wir coachen sie quasi beim Drehen und versuchen, den Film auf bestmögliches Niveau dieser Gruppe zu bringen. Jeder Film besteht aus einem Konflikt, den die Jugendlichen etwas stärker fokussieren und polarisieren aus ihrer Sichtweise des Lebens, und das ist auch legitim.

Was steckt dahinter?

Eine Sehnsucht, von sich selbst zu erzählen, ein Ohr, eine Bühne zu bekommen, teilzuhaben an der Gesellschaft. Die allermeisten Filme bei uns werden mit Wuppertaler Szenarien produziert, von West-Vohwinkel bis Ost-Beyenburg. Das ist entscheidend: Dass die Jugendlichen einen Film sehen und sagen: Die Szenerie habe ich schon mal gesehen. Das ist das, was ältere Leute bei der Lokalzeit suchen. Das ist nicht Amerika, sondern das ist meine Stadt.

Was hat sich verändert, wenn man

an die Anfangszeiten zurückdenkt?

Eigentlich arbeiten wir noch genau so wie früher, nur dass wir noch viel mehr machen, z. T. viel längere Filme, wir sind internationaler geworden, das künstlerische Niveau hat sich gesteigert. Heute kommt vielleicht etwas, was man auch jederzeit auf Arte zeigen könnte. Aber die Strahlkraft der Filme ist eigentlich damals dieselbe gewesen wie heute. Diese Idee, junge Leute Bildungsmittel produzieren zu lassen und dadurch andere junge Leute aufmerksam zu machen, war genau richtig. Heute vertreiben wir die Filme, das Verlagsgeschäft ist immens gestiegen, so dass wir ein wichtiges Standbein haben.

Was macht das pädagogische Konzept aus?

Man arbeitet als Künstler mit den Jugendlichen. Das ist das Entscheidende: dass die Jugendlichen ernst genommen werden. Sie haben nicht das Gefühl, da ist ein Pädagoge, der sieht in mir ein Problem. Jeder hat es verdient, sich zu artikulieren.

Wünsche an die Politik?

Ja. Jugendliche müssen stärker Gehör kriegen. Das heißt auch, dass unsere Idee und ähnliche Ideen unterstützt werden müssen, um junge Leute zu unterstützen, zu aktivieren und ihnen einen Ort zu geben.

Denn diese jungen Leute wollen die Welt verändern, zumindest eine kurze Zeit. Diese kurze Zeit muss man nutzen und sie auch ernstnehmen und nicht in Delegationen, Gremien schicken und so tun, als ob sie beteiligt wären.

Mit unserer medialen Verbreitung haben sie das Gefühl, ernstgenommen zu werden, aber es gibt auch andere Möglichkeiten, an der Gesellschaft zu partizipieren.

ANZEIGE



Neuer Parteivorstand

Auf der Jahreshauptversammlung am 3. März wurde der Parteivorstand der Wuppertaler GRÜNEN für die Jahre 2007-2008 gewählt.

Die geschäftsführenden Mitglieder Michael Hohagen (Sprecher), Regina Orth (Stellvertretende Sprecherin), Marcel Simon (Stellvertretender Sprecher), Martin Möller (Kreiskassierer) sowie Beisitzerin Monika Biskoping wurden erneut für zwei Jahre im Amt bestätigt.

Neu im Vorstand sind die BeisitzerInnen Cornelia Krieger, Regina Liedel und Berkan Bulan.

Schwerpunkte der Arbeit in 2007 sind u.a. die Themen Klimaschutz (www.gruenes-klima.de) und die Mitarbeit an der Weiterentwicklung des sozialen Grundsicherungskonzeptes.

Der Landesverband hat hierzu ein Online-Diskussionsforum eingerichtet: <http://forum.gruene-nrw.de>.

Die GRÜNEN laden ein, in diesem Forum sowohl kontrovers als auch im Hinblick auf die verbindenden Elemente aller Konzepte zu diskutieren.

Der Vorstand freut sich über Anregungen und Kritik. Die Sitzungen finden donnerstags ab 18:30 Uhr im Kreisverbands-Büro in der Oberbergischen Str. 8 statt.



v.l.n.r.: Marcel Simon, Regina Orth, Berkan Bulan, Cornelia Krieger, Martin Möller, Michael Hohagen, Regina Liedel

Unser Team – vorgestellt heute:

■ Gabriele Mahnert

Was erwartet man von der GRÜNEN Stadtverordneten, die sich in Wuppertal um Sozial-, Gesundheits-, Kinder- und Familienpolitik kümmert? Die Liebe zu Bernstein? OK, stimmt. Ein Faible für internationale Sportwettkämpfe? Stimmt auch. Hätten Sie nicht gedacht? Vielleicht haben Sie Gabriele Mahnert sogar schon einmal gesehen, zum Beispiel beim Basketball der Bayer Giants Leverkusen oder Rhein-Energy Köln.

Nein, Basketball sind nicht der Lebensinhalt der Wuppertalerin. Ihre wahre Leidenschaft gilt den Kindern. Als Sozialpädagogin arbeitet sie viel in der Kinder- und Jugendarbeit. Über dieses Engagement ist sie auch zu den GRÜNEN gekommen. Die 45-Jährige lebt nach dem Motto: Machen statt meckern. Oft sind es die scheinbar kleinen Dinge, auf die es ankommt, um Kindern eine bessere Lebensumgebung zu geben. Gabriele Mahnert kämpft für Spielplätze und Sportflächen, Skateranlagen oder für die Öffnung von Schulhöfen, damit Kinder auch in dicht besiedelten Wohngebieten nicht nur Garagenhöfe und

der Bürgersteig bleiben. Sie machte es möglich, dass Jugendliche mit Graffiti-Bildern zur Beseitigung von Angsträumen beitragen, wie an der Unterführung Robert-Daum-Platz. Seit 1997 hat sie mit dem Mädchenprojekt „Unheimlich & Co – sicher



unterwegs“ schon einigen Angsträumen den Garaus gemacht.

Kinder wollen auch mitreden. „Ich gebe denen eine Stimme, die nicht die Chance haben, sich politisch so einzubringen, wie es mir möglich ist“, sagt die Kinderpolitikerin und setzt

ihre Worte in Taten um. Die Teilnahme an Kindergipfeln zum Weltkindertag ist da nur ein Beispiel. Die Grüne begleitet auch die Elberfelder Bezirksjugendräte. Die Freude am Handeln, die ihr beim Wuppertaler Nachwuchs dort begegnet, will sie befördern. „Kinder und Jugendliche sollten mehr an der Kommunalpolitik beteiligt werden“, meint sie deshalb. Auch in der Frauenpolitik kommt es ihr zuweilen so vor, als müsse man erst einmal ein paar Hinkelsteine wegrollen. Dass Frauen noch immer für dieselbe Arbeit um ein Drittel schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Zeitgenossen, das ist ein solcher Hinkelstein. Ebenso sieht es in den Chefetagen der großen Firmen aus: Unter den Vorständen der 30 DAX-Unternehmen findet sich nicht eine Frau. „Das lässt sich nur mit gesetzlichen Regelungen ändern“, sagt Gabriele Mahnert. Und es gibt noch viel zu tun gegen die soziale Schiefelage. Neben der Benachteiligung von Frauen machen der Sozialpädagogin besonders Kinderarmut, Bildungsbenachteiligung und die Jugendarbeits-

losigkeit Sorgen. Mahnert: „Generationengerechtigkeit heißt für mich, dass Alt und Jung gemeinsam solidarische Antworten auf die demografische Frage entwickeln.“ Auch in der GRÜNEN Opposition in Wuppertal will sie realitätstaugliche Konzepte entwickeln. Machen statt Meckern eben. Sozialstaatliches Handeln will sie nach denen ausrichten, die der gesellschaftlichen Unterstützung am dringendsten bedürfen. Schließlich wird an anderer Stelle das Einkommen derer, die bisher Arbeitslosenhilfe bekommen haben, mit Hartz IV auf das Sozialhilfeniveau abgesenkt. Überhaupt plädiert Gabriele Mahnert dafür, bei Leistungskürzungen auch an die langfristigen Folgen zu denken. Bei der Schuldnerberatung oder an der Weiterbildung für Arbeitslose zu kürzen, kommt die Gesellschaft später teuer zu stehen. Dabei denkt die 45-Jährige nicht nur an die überschuldeten Sozialkassen, sondern auch an die persönlichen Folgen der einzelnen Menschen. Denn jede und jeder hat nur ein Leben.

Klimaschutz selber machen

Tipps für jeden Tag

Ende April gaben Mitglieder der Wuppertaler Ratsfraktion und des Kreisverbandes von Bündnis 90/DIE GRÜNEN an einem Infostand wertvolle Tipps zum Klimaschutz:

- Autos gehören zu den Großproduzenten von Klimagasen. Jeder nicht gefahrene Auto-Kilometer spart rund 0,4 kg CO₂. Eine energiesparende Fahrweise trägt zur Senkung des CO₂-Ausstoßes bei. Mehr Infos: vorort.bund.net/klimaschutz
- Flugverkehr ist ein Klimakiller erster Ordnung. Ein Flug Köln-Berlin produziert ungefähr viermal soviel CO₂ wie eine Bahnfahrt. Wer unbedingt fliegen muss, sollte Projekte unterstützen, die entsprechende Mengen CO₂ einsparen, zum Beispiel unter www.atmosfair.de
- Der Wechsel zu einem grünen Stromanbieter, der auf Kohle und Atom verzichtet, ist denkbar einfach und preiswerter als meistens angenommen, z. B. über www.atomausstieg-selber-machen.de
- Kühl- und Gefriergeräte sind die Stromfresser im Haushalt. Wer



beim Neukauf ein Gerät der Klasse A++ wählt, kann viel CO₂ und Geld sparen. Zum Check kann unter www.klimasuchtschutz.de/kuehl-check der Verbrauch des eigenen Kühlschranks überprüft werden.

- Eine effiziente Waschmaschine kann über 35 Euro im Jahr sparen. Je geringer Waschtemperatur und -dauer, desto weniger Strom wird verbraucht. Nur stark verschmutzte Wäsche braucht es heißer als 40°C. Effizient waschen bedeutet auch, das Trommelvolumen voll zu nutzen.

- Ohne den Modus „Stand-by“ an Elektrogeräten würde Deutschland zwei Kraftwerke sparen. 70 Prozent seines Stroms verbraucht ein Computer im Stand-by-Modus. Besonders hoch ist der Energieverbrauch des Bildschirms. Deshalb: elektrische Geräte immer vollständig mit einer ausschaltbaren Mehrfachsteckdose ausschalten.
- Der Austausch einer herkömmlichen Glühbirne durch eine Energiesparlampe spart pro Jahr 65 Kilogramm CO₂.

Neue Heimat für das Fuhlrott-Museum?

Ortstermin im Gebäude der ehemaligen Bundesbahndirektion

Die rotschwarze Ratsmehrheit hat das Ende des Fuhlrott-Museums in den Räumen an der Auer Schulstraße beschlossen. Das Gebäude wird saniert und dem VHS-Betrieb überlassen. Ob die Zoosäle als zukünftiger Museums-Standort geeignet sind, wird noch geprüft. Alles deutet auf eine endgültige Schließung zum Jahreswechsel hin. Der Naturwissenschaftliche Verein, der Förderverein des Fuhlrott-Museums und die bündnisgrüne Ratsfraktion geben die Hoffnung noch nicht auf. Das Gebäude der ehemaligen Bundesbahndirektion wäre z.B. ein guter Standort, besonders nach Umbau des Döppersbergs käme das Museum dort groß heraus. Die Immobilienochter der Deutschen Bahn Aurelis sucht neue Mieter für

das Objekt. Bei einem Besuch in dem klassizistischen Gebäude aus dem 19. Jahrhundert überzeugten sich die GRÜNEN von seiner Eignung. Mit dabei war auch Prof. Will Baltzer, der als Architekt und Mitglied des För-

derevereins bereits 1999 Pläne für die Unterbringung des Museums in einem Teil des Bundesbahngebäudes erarbeitet hatte. Ausreichend Platz ist vorhanden, aber auch andere ernsthaft interessierte Mieter...



Es geht voran auf der Nordbahn

Dranbleiben: Bald Radeln hoch über Wuppertal

Sportlich, sportlich: Wuppertal zeigt Ausdauer. Damit sind vor allem diejenigen gemeint, die nicht müde werden, für die geplante Nordbahntrasse die Ärmel hochzukrempeln, mithelfen, andere zu überzeugen. Sie haben gute Gründe, denn das Projekt des Vereins WuppertalBewegung e.V., auf der ehemaligen Nordbahntrasse einen Rad- und Wanderweg zu errichten, wächst und gedeiht. Zu Fuß, per Rad oder mit Inlineskates auf der ehemaligen Bahnstrecke autofrei durch die Stadtteile flitzen, das hat schon seinen besonderen Reiz.

Die Vernetzungen verschiedener Stadtteile ohne Berg- und Talfahrten ist ziemlich teuer. 15 Millionen Euro sind nötig. Nicht zu schaffen? Da sind namhafte Unternehmen, Stiftungen und Vereine anderer Meinung, auch viele hundert Einzelpersonen. Mehr als zwei Millionen Euro Spenden sind bereits zugesagt, dar-

unter einige Großspenden. Damit ist ein erstes Etappenziel erreicht. Unermüdlich sammelt der Verein weiter, denn Eigenmittel in Höhe von 2,4 bis 3,2 Mio. Euro sind nötig, um das Projekt auf die Beine zu stellen. Der Rest der Investition soll aus EU-Strukturfördermitteln kommen. Dieser Fördertopf, der insgesamt 2,6 Milliarden Euro umfasst, ist sehr begehrt. Bei der derzeitigen Haushaltslage ist mit finanzieller Unterstützung seitens der Stadt nicht zu rechnen. Umso mehr kommt es darauf an, die EU zu überzeugen. Die besten Chancen auf das Geld aus der EU hat das Projekt, das die Region wirtschaftlich, sozial und ökologisch voranbringt. Und da kann die WuppertalBewegung einiges vorweisen: Die Planungen sind weit fortgeschritten, das Engagement der WuppertalerInnen ist da. Aus wirtschaftlicher Sicht können sich entlang der Strecke Betriebe ansiedeln.

Eine touristische Infrastruktur schafft Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Bereichen. Wenn die Angestellte oder der Schüler aus Wuppertal die Trasse für den Weg zur Arbeit oder zur Schule nutzt, ist das auch für die Umwelt gut, denn Laufen oder Radfahren macht nicht nur Spaß, es produziert auch keine Abgase. Der Weg zur Schule wird autofrei und somit sicherer. Auch Ausflügler aus der Region, die per Pedes oder auf Inlineskates die Strecke nutzen, können neue Blickwinkel auf die Stadt entdecken. Wohngebiete werden attraktiver, wenn sie so mit dem Arbeitsplatz verbunden werden.

Von politischer Seite gibt es in Wuppertal breite Zustimmung, Düsseldorf und Brüssel sind die nächsten Stationen. Das nächste Highlight der WuppertalBewegung ist ein Trassenfest mit Draisenfahrten und Live-Musik am 13. Mai am Bahnhof Ottenbruch.

Wer hilft, wenn´s bei Behörden...

...hakt? Der Petitionsausschuss des Landtags

Viele kennen das Gefühl, Behördenwillkür hilflos gegenüberzustehen. Niemand kümmert sich wirklich um Ihre Belange, Ihr Einzelfall interessiert nicht? Dabei steht schon im Grundgesetz: **„Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden“.** Was da steht, ist Ihr Petitionsrecht. Auch in der NRW-Landesverfassung ist es fest verankert.

Immer dann, wenn Sie sich als Bürger oder als Bürger durch Entscheidungen zum Beispiel bestimmter Ämter oder Behörden benachteiligt fühlen, können Sie eine Petition an den Landtag stellen – allerdings nur dann, wenn es um Landesgesetze geht.

Dazu gehören etwa Themen aus den Bereichen Kommunales, Schule und Weiterbildung, Polizei oder Beitrags- und Abgabenrecht (z.B. Anliegergebühren im Fall von Straßensanierungsmaßnahmen).

Sind Bundesgesetze betroffen, so ist der Landtag nur dann die richtige Adresse, wenn Landesbehörden für die Ausführung der Gesetze zuständig sind (z.B. Sozialhilfe, Baurecht). Ansonsten ist der Petitionsausschuss des Bundestages die richtige Adresse, etwa bei Beschwerden über Bundesbehörden (zum Beispiel die Bundesversicherungsanstalt oder die Bundesagentur für Arbeit).

Grundsätzlich hat jede und jeder das Recht, eine Petition an den Landtag zu stellen. Diese wird dann im entsprechenden Ausschuss für Petitionen behandelt. Es gibt einige wenige formale Anforderungen, die eine Petition erfüllen muss: Sie müssen die Eingaben schriftlich an den Petitionsausschuss richten (Adresse siehe unten) und immer Ihren Namen und Ihre Adresse nennen. Auch Ihre Unterschrift darf nicht fehlen. Bei Sammeleingaben genügen Adresse und Unterschrift einer Bezugsperson, die die Interessen der Gruppe vertritt.

Anonyme Petitionen werden nicht bearbeitet. Außerdem gibt es regelmäßig Sprechstunden. Wenn man daran teilnehmen möchte, genügt eine telefonische Anmeldung unter 0211 884-4444.

Um sich ein umfassendes Bild von der jeweiligen Situation bilden zu können, haben die Mitglieder des Petitionsausschusses außerordentliche Rechte zur Information und Akteneinsicht. Bei Bedarf kommt der Petitionsausschuss oder Mitglieder daraus auch zu Ihnen vor Ort. Abschließend empfiehlt der Ausschuss den beteiligten Behörden etc. bestimmte Maßnahmen, um die Probleme einvernehmlich zu lösen.

Nach Abschluss der Beratungen bekommen diejenigen, die den Antrag gestellt haben, die Empfehlung des Ausschusses mitgeteilt. Es gibt zwar keinen Anspruch auf Begründung, aber das Ergebnis der Beratungen ist immer die beste Lösung, die möglich war.

Übrigens hat allein der Ausschuss im Landtag NRW im ersten Halbjahr des letzten Jahres 2.144 Petitionen behandelt. In immerhin jedem fünften Fall hat er schon im schriftlichen Verfahren eine Verbesserung für die Bürgerin oder den Bürger erreicht. Bei aufwändigeren Verfahren war sogar bei fast jedem zweiten Fall eine Verbesserung möglich.

Achtung: Gerichtsurteile kann der Petitionsausschuss nicht überprüfen, denn die Justiz ist unabhängig. Dagegen kann sich der Petitionsausschuss aber sehr wohl mit den gesetzlichen Grundlagen auseinandersetzen, die zu einzelnen Urteilen führen. Ausgenommen sind hier privatrechtliche Streitigkeiten, etwa im Geschäftsleben, in der Nachbarschaft oder in der Familie.

Petitionsausschuss des Landtags,
Platz des Landtags 1,
40221 Düsseldorf

Petitionsausschuss des
Deutschen Bundestages,
Bundeshaus, 11011 Berlin



Fahrrad selber kaufen

ABO

geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name _____ Anschrift _____

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Mein Freund, der Baum, ist tot:

■ Nach Abschaffung der Baumschutzsatzung durch CDU, SPD und FDP



Foto: privat

Hier das Beispiel Nelkenstraße. Lange Zeit konnten sich Bewohnerinnen und Bewohner am Grün der Bäume erfreuen. Jetzt sind sie gefällt und was bleibt, ist nur eine trostlose Hinterhofaussicht. So viel zum Thema Umweltschutz in Wuppertal: Baumpflege mit der Kettensäge. Zynisch das Versprechen, dass Umweltschutz in Wuppertal so hoch gehängt werde, dass keine Baumschutzsatzung notwendig sei.

grün^W
Keiner wie wir.



Foto: privat

Zugebautes Nadelöhr im Grünen

■ Bürgerversammlung in Sudberg

Er ist ein wunderbarer Bezirk, der Sudberg, grün, viel Natur, aber er platzt aus allen Nähten. Dementsprechend ging es bei der Bürgerversammlung zum Thema "Wie viel Bebauung verträgt Sudberg?" um viele Themen, die den Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brannten. Zum Einstieg in die

und ein ungehemmtes Bauen zulässt. Dabei stehen zum jetzigen Zeitpunkt zwischen 12.000 bis 15.000 Wohnungen auf der Talachse leer, und die Innenstadtentwicklung ist dem neuen Baudezernenten, Herrn Oberbürgermeister Jung, offensichtlich ein Fremdwort.



Diskussion konnte eine Teilentwarnung, was die Bebauung in Sudberg angeht, bekannt gegeben werden, weil der größte Bauer in Sudberg seiner Verantwortung zur Weiterentwicklung des Stadtteils ausdrücklich nachkommt und nur ein Haus auf seinen Wiesen bauen lässt.

Aber Fakt ist: Der Bezirk Sudberg ist nur durch eine einzige Straße angebunden, und dieses Nadelöhr wird zu nehmend zum Problem. Das Verkehrsaufkommen, aber auch die parkenden Autos strapazieren die Straße arg. Es fehlt einfach am Platz. Auf der Suche nach einem Parkplatz parken die Bürgerinnen und Bürger sich zum Teil gegenseitig die Ausfahrten zu. Kein Wunder, dass der Mitveranstalter, der Bürgerverein Sudbürger, nur noch Baulücken für weitere Bebauung als möglich ansieht.

Und der Verkehr nach und von Sudberg nimmt zu. Man braucht nur an den zusätzlichen Verkehr zu den Reitställen in Cronenberg und zum SSV Sudberg zu denken, einen Fußballverein, der gute Jugendarbeit leistet. Jetzt rächt es sich, dass die Stadtverwaltung bis zum heutigen Tag keine Verkehrszählung durchgeführt hat

Die GRÜNE Fraktion in der Bezirksvertretung Cronenberg hat eine Verkehrszählung auf der Oberheidterstraße/ Sudbergerstraße beantragt. Es fehlen am Sudberg weitere Infrastrukturmaßnahmen, das wurde in der Diskussion ebenfalls klar angesprochen. Dass es keine Parkplätze an der Sudberg Arena in der Riedelstraße gibt, lässt die Anwohner seit langem verzweifeln. Das kann so nicht bleiben. Die GRÜNEN haben von der Bezirksvertretung den Sachstand zur Ausweisung von Parkplätzen an der Sudberg Arena angefordert. Die vielen Kinder der neu Zugezogenen sind eine echte Bereicherung. Sie brauchen aber dringend einen Spielplatz. Denn im ganzen Bezirk Sudberg gibt es zwar viel Wald und Felder, was den Bezirk schließlich auch beliebt macht. Aber Spielmöglichkeiten für die kleinsten Sudberger – Fehlanzeige. Wir meinen: Zu einer kindgerechten Umgebung gehören zwar auch Eichhörnchen und Feldwege, aber eben auch Schaukel und Sandkasten. Zum aktuellen Stand der Dinge will die Verwaltung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg im Mai antworten.

Ratschronik 26.03.2007

Ausbildungsbetriebe bevorzugen

Die andauernde Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Ungefähr 80 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren haben keine Berufsausbildung. Was können wir also in Wuppertal tun? Der GRÜNE Stadtverordnete Lorenz Bahr hielt am 26.03.2007 im Rat eine engagierte Rede für den GRÜNEN Antrag: „Wir wollen ausbildende Betriebe unterstützen.“

Deshalb schlagen wir vor, sie bei der Vergabe von städtischen Aufträgen zu bevorzugen. Betriebe mit gesellschaftlicher Verantwortung verdienen Anerkennung und Förderung!“ CDU und SPD lehnten den Vorschlag ab und weigerten sich sogar, den Antrag nochmals in den Fachausschuss zurückzugeben, um auf dieser Grundlage eine Alternative der Verwaltung zu diskutieren. Diese hatte einen anderen Weg vorgeschlagen: Ausbildende Betriebe sollen belohnt werden, indem ein Ausbildungsbonus eingeführt werden könnte. Wir meinen: nicht genug! Denn wirtschaftliche Vorteile sichern auch wieder Arbeitsplätze.

Konsequente Maßnahmen zum Klimaschutz – jetzt!

Unter dem Titel „Konsequente Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz – jetzt!“ hat die GRÜNE Fraktion einen Antrag gestellt, der schon im Ausschuss für Umwelt von SPD und CDU abgelehnt wurde. Dabei wäre konsequentes Handeln dringend notwendig.

Die bisherigen Anstrengungen werden nicht reichen, um die Treibhausgase, die bei der Energieerzeugung entstehen, so zu reduzieren, wie sie es sich vorgenommen hat. Bis 2010 sollen die energiebedingten CO₂-Werte nämlich um 38 Prozent sinken – gegenüber den Werten von 1992. Dieses Ziel hat sich Wuppertal selbst gesteckt. In dem Antrag sind eine Reihe von Maßnahmen aufgelistet, die in anderen Kommunen bereits Erfolge zeigen. Auch im Rat lehnte die Mehrheit den Antrag ab. Was bleibt, ist die bittere Erkenntnis, dass in Zeiten einer SPD/CDU-Kooperation lösungsorientierte Sachpolitik vor Ort keine Chance hat. Parteipolitische Engstirnigkeit wird hier über eine der größten Herausforderungen der globalen Gesellschaft gestellt, nämlich den Klimaschutz.

Zerschlagung der Versorgungsverwaltung

Die schwarz-gelbe Landesregierung will die Leistungen der Versorgungsämter den Kommunen übertragen. Damit zerschlägt sie die effektiv und bürgernah funktionierende Versorgungsverwaltung in NRW. Kein Wunder, dass dagegen auch sämtliche Sozialverbände protestiert haben. Während sich in der bisherigen Versorgungsverwaltung erfahrene Fachleute beispielsweise um die Belange von Behinderten gekümmert haben, sollen nun die Kommunen diese Aufgaben einfach mit übernehmen – allerdings ohne angemessene Finanzierung, zumal Rentenansprüche des wechselnden Personals zusätzliche Begleitkosten verursachen. Die Folgen für Wuppertal werden gravierend sein, aber in den städtischen Gremien wurden die geplanten Veränderungen bisher nicht thematisiert. Mit einer Anfrage an den Ausschuss für Finanzen und Steuerungssteuerung und an den Rat will die GRÜNE Fraktion das kritische Thema zur Sprache bringen. Wie steht die Stadt zu der Sache? Bisher ist das noch unklar, denn die Antwort wird erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses erfolgen.

ANZEIGE

Partei ergreifen
Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

Politik geht alle an! Und DU hast uns gerade noch gefehlt!

Wir GRÜNE, das sind unsere Mitglieder: Ihr Engagement, ihre Kreativität, ihre neuen Ideen und ihr Wissens- und Erfahrungsschatz sind unverzichtbar für unsere Arbeit. Wenn auch Du Partei ergreifen willst oder mehr Information wünschst, dann melde Dich unverbindlich bei

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de